Beschluss des 69. Bundeskongresses der Europa-Union

vom 25.10.2026

Akute Bedrohung der Demokratie nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt

Insbesondere in Sachsen-Anhalt steht die Welt nach den Wahlen am 6. September still. Zum ersten Mal könnte ein AfD-Ministerpräsident gewählt werden. Zu lange wurde Sachsen-Anhalt nicht beachtet und erfuhr erst aufgrund der Bedrohung durch die AfD große Aufmerksamkeit. Kein Bundesland kann dem alleine begegnen. Wir brauchen gerade alles und jeden, um die Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt zu unterstützen. Sachsen-Anhalt braucht jedoch nicht nur kurzfristige Aufmerksamkeit vor dramatischen Momenten. Wir brauchen langfristiges Interesse und Unterstützung von Demokratinnen und Demokraten aus ganz Deutschland und Europa.

Doch nicht nur in Sachsen-Anhalt wurde die AfD von vielen gewählt. Bundesweit ist sie ebenfalls auf dem Vormarsch. Das Problem betrifft nicht nur Sachsen-Anhalt. Es ist auch ein gesamtdeutsches und europäisches Problem, das europäischer Lösungen bedarf.

Die AfD spricht Gefühle und Probleme an, die Menschen bewegen. Tragfähige Lösungen hat sie nicht. An anderer Stelle macht sie Probleme größer als sie sind oder erfindet sie. Lösungen hat sie auch in diesen Fällen nicht. Die Schlussfolgerung darf an dieser Stelle nicht sein, die Narrative der AfD zu übernehmen oder von der AfD aufgebauschte Themen zu bespielen, wie es Teile der Politik und der Öffentlichkeit (inklusive Medien) aktuell tun. Stattdessen müssen wir offensiv um die Demokratie und die Menschen in Sachsen-Anhalt kämpfen, um möglichst viele von ihnen für einen demokratischen, meinungspluralen, lösungsorientierten, auch kontroversen Diskurs zu gewinnen.

Wir müssen gegen die verfassungsfeindlichen Positionen der AfD zusammenstehen, doch das darf nicht der einzige Slogan sein. Reale Probleme müssen benannt und gelöst werden. Wir müssen – insbesondere unter Demokratinnen und Demokraten – um die Lösung realer Probleme streiten und so Lösungen finden.

Wir müssen vehement für die Einhaltung der demokratischen Regeln eintreten, auch mit Hilfe staatlicher Institutionen wie der Bundesregierung, dem Bundesrat und den Gerichten, bei denen wir uns stärker für ein AfD-Verbotsverfahren einsetzen müssen. Wir müssen verhindern, dass fünf Jahre AfD-Regierung in Sachsen-Anhalt die Demokratie in unserem Land dauerhaft schwächt.

Die Europa-Union ist aus dem Widerstand gegen den Faschismus entstanden. Gerade im Jahr des 80. Jubiläums unserer Bewegung gilt es, sich umso mehr daran zu erinnern. Um die Demokratie in Sachsen-Anhalt und Deutschland zu stärken, ist es daher umso mehr unsere Pflicht als Europa-Union Deutschland gemeinsam mit der JEF Deutschland und mit unseren Landesverbänden demokratisches und europäisches Engagement in Sachsen-Anhalt, Deutschland und Europa zu unterstützen. Zu diesem Zweck wird die EUD in Zusammenarbeit mit der JEF auf die betroffenen und damit insbesondere auf die ostdeutschen Landes- und Kreisverbände von EUD und JEF zugehen und gemeinsam erörtern, welche Unterstützungsmaßnahmen geboten und umsetzbar sind, darunter ggf. die Gründung einer AG oder Partnerschaften von ost- und westdeutschen Landes- und Kreisverbänden. Anstelle des kürzlich formulierten Plans der AfD, die EU stückweise abzubauen und ihre Institutionen auszuhöhlen, kann durch unseren Einsatz eine positive Europa-Erzählung Menschen Hoffnung und eine echte Zukunftsperspektive bieten.

Lasst uns alle in unserem Handeln zu diesen Zielen beitragen. Lasst uns die Demokratie in Sachsen-Anhalt nicht aufgeben. Lasst uns die Menschen in Sachsen-Anhalt nicht aufgeben.